

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Junge Menschen stärken statt Warteschleifen verwalten – Nordrhein-Westfalen benötigt eine modernisierte und ganzheitliche Berufsorientierung

I. Ausgangslage

Berufsorientierung soll einerseits jungen Menschen einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Berufsleben und damit Aufstiegschancen und einen selbstbestimmten Lebensweg ermöglichen und andererseits dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Das gilt besonders für beruflich qualifizierte Fachkräfte: Gerade im Handwerk, in MINT-Berufen und in Gesundheitsberufen fehlen viele qualifizierte Arbeitskräfte. Dies ist eines der größten Wachstumshemmnisse in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist allerdings angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage deutlich zurückgegangen. So wurden im Jahr 2025 in Nordrhein-Westfalen im dualen System nach vorläufigen Ergebnissen 5,4 Prozent weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Die Gesamtzahl lag erstmals seit Beginn der Erhebung der Berufsbildungsstatistik in den 1970er Jahren unter 100.000.¹ Zudem bestehen nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, das Ausbildungsangebot und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen.

Laut Auskunft der Landesregierung hat die Agentur für Arbeit seit Inkrafttreten des Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetzes NRW zur Umsetzung des § 31a Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) landesweit 31.803 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2024 sowie 34.865 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2025 ohne Anschlussperspektive erfasst.² Zu vielen jungen Menschen fehlt damit nach dem Schulabschluss ein Anschluss in Ausbildung und Arbeitsleben. Hinzu kommen Abbrüche von Ausbildungen. So lag die Vertragslösungsquote mit bundesweit 29,7 Prozent im Jahr 2024 auf einem Höchststand.³ Diese Zahlen zeigen, dass eine Modernisierung des Systems der Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen nötig ist.

¹ Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen: NRW: Zahl der neuen Ausbildungsverträge im dualen System 2025 erstmalig unter 100.000, 01.04.2026, abgerufen unter: <https://www.it.nrw/nrw-zahl-der-neuen-ausbildungsvertraege-im-dualen-system-2025> (letzter Zugriff: 27.05.2026).

² Landtag Nordrhein-Westfalen: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7426 vom 25. März 2026 „Wie viele junge Menschen ohne Anschlussperspektive nach der Schulzeit gibt es und was will die Landesregierung dagegen tun?“, 30.04.2026, Drs. 18/19076.

³ Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berufsbildungsbericht 2026, 06.05.2026, abgerufen unter: <https://www.bmbfsfj.bund.de/re-source/blob/285644/38be499c91a9d292b6f619800515afa6/berufsbildungsbericht-2026-data.pdf> (letzter Zugriff: 27.05.2026).

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 11.06.2026

Die 2012 eingeführte Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in Nordrhein-Westfalen“ (KAoA) soll Schülerinnen und Schüler beim Prozess der beruflichen Orientierung an den allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I und II sowie an den Berufskollegs unterstützen. An der Umsetzung sind rund 150 Bildungsträger beteiligt, die vorrangig die Potenzialanalyse durchführen. Ab der 8. Klasse sollen über alle Jahrgangsstufen rund 850.000 Schülerinnen und Schüler erreicht werden.⁴ Die Berufsfelderkundung ab der Jahrgangsstufe 8 sowie die Praxiskurse in den Jahrgangsstufen 9 und 10 umfassen nur wenige Tage, Betriebspraktika in der Regel zwei bis drei Wochen.

Allerdings wird KaoA in der bisherigen Form den aktuellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr gerecht. Zu viele junge Menschen verbleiben in einem Übergangssystem, dem es häufig nicht gelingt, sie dauerhaft in Ausbildung oder Beschäftigung zu integrieren. Stattdessen ist mehr Praxisbezug nötig. Eine moderne und ganzheitliche Berufsorientierung mit innovativen regionalen Lösungen und einer flexiblen Zusammenarbeit mit Unternehmen und privaten Initiativen wird durch enge Fördervorgaben, begrenzte personelle und finanzielle Spielräume sowie bürokratische Entscheidungsprozesse erschwert. Die Verlagerung von einer direkten Landesförderung in die Förderung über den Europäischen Sozialfonds hat diese Hemmnisse noch verstärkt. Darüber hinaus ist die Koordination mit den Aktivitäten anderer Akteure wie Kammern, Arbeitsagenturen, Betrieben und Krankenkassen durch die bestehenden Kommunalen Koordinierungsstellen unzureichend. Dies führt zu Reibungsverlusten mit doppelten bzw. ähnlichen Maßnahmen und somit zu ineffizientem Ressourceneinsatz.

Sinnvoll wäre ein neues Konzept für eine modernisierte und ganzheitliche Berufsorientierung in Form regionaler Kompetenzzentren. In den Kompetenzzentren sollten alle relevanten Akteure vor Ort wie Kammern, Verbände, Unternehmen, Jobcenter, Bildungsträger, regionale Experten und private Initiativen eingebunden und deren Aktivitäten gebündelt werden. Gerade private Initiativen und Bildungsangebote z. B. über Stiftungen oder Mentoringprogramme bieten oft innovative und bedarfsgerechte Lösungen in der Berufsorientierung. Allerdings stehen die derzeitigen Kommunalen Koordinierungsstellen einer Einbindung privater Initiativen und Angebote in der Regel restriktiv gegenüber. Vorgaben sollten daher so ausgestaltet werden, dass die Handlungsspielräume der regionalen Kompetenzzentren für Berufsorientierung erweitert werden und die Einbindung externer Akteure im Vergleich zu KaoA erleichtert wird.

Die Entwicklung eines persönlichen Lebenskonzeptes sollte der praktischeren Berufsorientierung vorangestellt werden und diese vorbereiten. Diese persönliche Orientierung geht weit über die derzeit stattfindende Potenzialanalyse in Jahrgang 8 hinaus, da sie sich nicht nur auf Stärken und Schwächen im Kontext der Berufswahl bezieht, sondern auf ein ganzheitliches Lebenskonzept mit Vorlieben und Wünschen. Ein freiwilliges „Universitätspraktikum“ neben den Betriebspraktika könnte Studieninteressierten helfen, ihre Studienwahl zu überprüfen und sich besser auf die Anforderungen eines Studiums vorzubereiten. Dieses Praktikum sollte Einblicke in den Studienalltag vermitteln, z. B. über die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und studentisches Mentoring. So könnte die Zahl der Studienabbrüche deutlich verringert werden und ggf. die Attraktivität eines vorzeitigen Einstiegs in eine Berufsausbildung erhöht werden.

Der Übergang von der Schule in einen Beruf stellt für viele junge Menschen einen tiefgreifenden Rollenwechsel dar. Dabei könnte eine landesweite App zur Berufsorientierung mit Informationsangeboten Unterstützung bieten. Diese App könnte insbesondere den Rollenwechsel von Schülerinnen und Schülern zu Auszubildenden bzw. Studierenden unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz begleiten und die Hilfsstrukturen einfach erklären und zugänglich

⁴ Landtag Nordrhein-Westfalen: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7426 vom 25. März 2026 „Wie viele junge Menschen ohne Anschlussperspektive nach der Schulzeit gibt es und was will die Landesregierung dagegen tun?“, 30.04.2026, Drs. 18/19076.

machen. Zudem könnte eine in die App integrierte Matchingplattform zwischen Schülerinnen und Schülern und Ausbildungsbetrieben bei der Ausbildungsplatzsuche vermitteln. Bewerbungen könnten mit einer digitalen Assistenz unterstützt werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Nordrhein-Westfalen steht vor einem erheblichen Fachkräftemangel insbesondere im Bereich beruflich qualifizierter Fachkräfte.
- Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne unmittelbare Anschlussperspektive.
- Das bestehende Übergangssystem ist zu komplex, zu bürokratisch und häufig nicht ausreichend praxisnah.
- Berufsorientierung muss individueller, praxisnäher und digitaler werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- ein neues Konzept für eine modernisierte und ganzheitliche Berufsorientierung in Form regionaler Kompetenzzentren zu entwickeln, das eine stärkere Einbindung von Kammern, Verbänden, regionalen Experten und privaten Initiativen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort beinhaltet,
- die Förderung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) in der bisherigen Form für die kommende Förderperiode des Europäischen Sozialfonds ab 2028 nicht mehr einzuplanen,
- künftige Förderungen zur Umsetzung des Konzepts regionaler Kompetenzzentren für Berufsorientierung einzusetzen,
- Vorgaben für die Kompetenzzentren für Berufsorientierung so auszugestalten, dass regionale Handlungsspielräume erweitert werden und die Einbindung externer Akteure im Vergleich zu KAoA erleichtert wird,
- die bisherige Potenzialanalyse zu einer Entwicklung eines persönlichen Lebenskonzepts zu erweitern,
- für Studieninteressierte insbesondere an Gymnasien neben Betriebspraktika auch ein freiwilliges „Universitätspraktikum“ anzubieten, das Einblicke in den Studienalltag vermittelt sowie
- eine landesweite App zur Berufsorientierung zu entwickeln, die neben Informations- und Unterstützungsangeboten auch eine Matchingplattform zwischen Schülerinnen und Schülern und Ausbildungsbetrieben sowie eine Bewerbungsassistenz beinhaltet.

Henning Höne
Marcel Hafke
Susanne Schneider

und Fraktion